Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : trügerische Stille ; An der Klagemauer ; Kennedy unter Druck ; "Rot oder tot" auch in Amerika ; Hitler in uns!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140622

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Trügerische Stille Dieses aufgeregte Jahr 1961 geht ruhiger zu Ende, als erwartet werden mußte. Da Moskau darauf verzichtet hat, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland allein noch vor Jahresende abzuschließen, falls die Westmächte nicht über einen Frieden mit beiden deutschen Staaten verhandeln wollten, so sind auch die Folgen ausgeblieben, die von solch einseitigem Vorgehen der Sowjetunion befürchtet wurden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Man würde sich täuschen, wollte man annehmen, daß Chruschtschew noch lang darauf warten würde, ob sich die Westmächte endlich entschließen, über die unumgängliche Neuregelung der Rechtsstellung Westberlins und die Lösung der deutschen Frage überhaupt zu verhandeln. Obwohl der 13. August 1961 mit der Errichtung der Sperre zwischen Ost- und Westberlin ihnen hätte zeigen müssen, was die Uhr geschlagen, lassen sich die Regierungen von Washington, London und Paris unter westdeutschem Druck gemütlich Zeit, einmal ihre eigenen Auffassungen und Absichten in bezug auf Berlin und was damit zusammenhängt zu klären, um sich dann allmählich schlüssig zu werden, ob und wann und wie man mit Moskau ins Gespräch kommen wolle. Was sie sich als Verhandlungstaktik bei ihren zahlreichen «Familienunterhaltungen» zurechtgelegt haben, ist natürlich im einzelnen nicht bekannt geworden. Fest scheint vorderhand nur dreierlei zu stehen: 1. daß de Gaulle nach wie vor Verhandlungen mit den Russen als «verfrüht» erklärt; 2. daß Präsident Kennedy für die Bonner Forderung gewonnen worden ist, «Pankow» (wie man die gar nicht im Berliner Stadtteil Pankow niedergelassene Regierung Ostdeutschlands etwas hämisch zu bezeichnen pflegt) in gar keiner Form anzuerkennen; und 3. daß Adenauer bei seinem jüngsten Besuch in Washington überzeugt worden ist, es sei das Beste, sich bei Verhandlungen mit der Sowjetunion auf die Berlinfrage zu beschränken und damit den gefährlichen Möglichkeiten vorzubauen, die eine Erörterung über die westdeutschen Kriegsrüstungen, die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland, die deutschen Ostgrenzen und dergleichen heikle Dinge eröffnen müßte.

Man fragt sich allerdings, nicht zuletzt auch in den Vereinigten Staaten, worüber denn nun mit den Russen überhaupt verhandelt werden wolle, wenn der Westen entschlossen sei, zu allen ihren Begehren nein zu sagen und namentlich jede Kontrolle des Verkehrs mit Westberlin über ostdeutsches Gebiet abzulehnen. Die Antwort, die man darauf bekommt, ist von entwaffnender Ahnungslosigkeit: Die Westmächte *brauchten* den Russen (und der DDR) gar keine Gegenleistung für ein östliches Entgegenkommen vorzuschlagen, denn Chruschtschew habe mit der Errichtung der Berliner Sperrmauer «zur Hauptsache a

conto schon selbst genommen, was ihm die westlichen Alliierten allenfalls hätten bieten können». (Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Washington vom 25. November.) Man denkt doch in Moskau und Ostberlin gar nicht daran, die Duldung der Berliner Sperre durch den Westen als den Preis anzuerkennen, mit dem nun entsprechende Leistungen des Ostens an den Westen bereits erkauft seien. Die DDR hat, im Einverständnis mit der Sowjetunion, den Verkehr zwischen Ost- und Westberlin *aus eigenem Recht* gesperrt, wie jeder Staat das tun kann und nötigenfalls muß, und die Westmächte haben dieses Recht anerkannt, indem sie nichts gegen den neuen Zustand unternommen haben. Worum es bei künftigen Verhandlungen also geht, das sind die rechtlichen und tatsächlichen *Folgerungen*, die sich daraus ergeben, wobei jede Partei Zugeständnisse machen muß, um ein Entgegenkommen der anderen zu erwirken. Und hier sind nun die Oststaaten eben in einer viel günstigeren Verhandlungsstellung als der Westen. Man kann sogar ruhig sagen, daß die Stellung des Westens hoffnungslos ist, daß er also die Forderungen des Ostens in allem Wesentlichen annehmen *muß*, wenn er überhaupt ein Abkommen treffen will.

Die Politik der Westmächte geht ja (oder ging bisher wenigstens) darauf aus, Westberlin als vorgeschobenes Bollwerk im Kalten Krieg zu halten, von dem aus der ostdeutsche Staat unterwühlt und zum Einsturz gebracht werden sollte, besonders auch durch den organisierten Abzug vieler Hunderttausender von Arbeitskräften aus der DDR. Mit diesem Betrieb ist am 13. August Schluß gemacht worden — und der Westen hat es als nicht mehr aus der Welt zu schaffende Tatsache hinnehmen müssen. Je länger er zögert, die Hand zu einer Neuregelung in Berlin zu bieten, desto schlimmer für ihn und für die Westberliner selbst. Die DDR braucht nur den Güterverkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik, der zu 90 Prozent von ihr kontrolliert wird, zu erschweren, und Unsicherheit, ja Verwirrung und Krise werden die Westberliner Wirtschaft erfassen. In ein paar Monaten wird der Zustand unhaltbar sein, und die Westmächte können nichts dagegen machen. Auch die Drohung mit Krieg würde weder die DDR noch die Sowjetunion abschrecken, Westberlin und sein Wirtschaftsleben Glied um Glied lahmzulegen. Ohne einen großangelegten Gewaltschlag der Russen, der klar eine Bedrohung westlicher Lebensnotwendigkeiten darstellte, werden die Vereinigten Staaten nicht ihrerseits den Krieg entfesseln — und vor einer solchen Herausforderung, die nur noch mit dem Einsatz von Kernwaffen beantwortet werden könnte, wird man sich in Moskau wohlweislich hüten. Jetzt hat die Sowjetunion ja sogar die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz über Einstellung aller Kernwaffenversuche veranlaßt, und fast gleichzeitig hat sie darauf verzichtet, militärische Besprechungen mit Finnland über die Abwehr allfälliger Vorstöße der NATO-Mächte, vor allem Westdeutschlands, in den Ostseeraum zu führen, wie sie das in ihrer

Note vom 30. Oktober angeregt hatte. Wahrscheinlich war es ihr damit überhaupt nicht sehr ernst, gehört doch schon ein krankhaft entwickeltes Mißtrauen dazu, um heute an Vorbereitungen für einen Angriff auf die Sowjetunion über finnisches Gebiet zu glauben, wie ihn Hitler seinerzeit gegen Leningrad geführt hat. Aber die Gelegenheit war günstig, um sich aufs neue der wohlwollenden Neutralität Finnlands gegenüber dem sowjetischen Nachbarn zu versichern — und dann zum Zeichen des eigenen Friedenswillen die vorgeschlagenen Generalstabsbesprechungen mindestens bis auf weiteres zu verschieben.

An der Klagemauer Es hieße die Urteilsfähigkeit der Washingtoner Regierung gröblich unterschätzen, wollte man annehmen, sie habe überhaupt nicht bemerkt, daß es in Berlin nicht einfach so weitergehen kann wie bisher. Wo man das tatsächlich immer noch nicht merkt, das ist vielmehr *Bonn*. Man gibt sich dort allen Erfahrungen zum Trotz nach wie vor der Vorstellung hin, daß Westberlin seine Rolle als angriffiger Außenposten der NATO weiterspielen könne, wenn nur der Westen recht fest entschlossen sei, die östliche Forderung auf Neutralisierung der bisherigen «Frontstadt» unnachgiebig abzulehnen. Daß bei fernerer Versteifung auf diese Wahnindee, das heißt ohne Anerkennung der DDR als eines Staates, der von Westberlin aus nicht mehr bekämpft werden darf, nur noch die Wahl zwischen demütigender Niederlage und Krieg bleibt — das scheint den unbelehrbaren Verfechtern der «Politik der Stärke» einfach nicht in den Kopf zu gehen. «Nichts gelernt und alles vergessen» — das muß man auch von der neuen westdeutschen Regierung sagen. Denn der 13. August 1961 war ja doch, wie man mit Recht bemerkt hat, nur das unvermeidliche Ergebnis von 12 Jahren Adenauer-Politik. «Wir müssen», so schreibt Herbert Mochalski in der «Stimme der Gemeinde», endlich begreifen, welches unsere wirklichen Möglichkeiten sind. Wir liegen nicht nur geographisch zwischen Ost und West; auch unsere Bedeutung als Staat — geteilt oder ungeteilt — ist nur noch die eines «Zwischen». Wenn wir unsere Politik nicht danach einrichten, werden wir nur Enttäuschungen erleben ... Die Großmächte haben immer wieder Verständnis für die Zwischenposition gehabt, weil sie ihrem eigenen Interesse nach Entspannung nützlich sein kann. So sind der Eden-Plan, der Gaitskell-Plan, die Vorschläge von Kennan und zuletzt der Rapacki-Plan in der Erörterung geblieben. Wir müssen für die Deutschland-Frage insgesamt Lösungen und Entwicklungen angehen, die unserer «Zwischen»lage Rechnung tragen. Wäre der Rapacki-Plan seit vier Jahren Wirklichkeit, gäbe es keine Berlin-Krise. Der Plan ist auch heute noch das beste Mittel, die Reibungsflächen zu entschärfen und bedeutet in Mitteleuropa den wichtigen ersten Schritt zur Abrüstung.»

In Westdeutschland ist man heute weiter als je von dieser Einsicht

entfernt. Sturer und starrer als je klammert man sich einseitig an den Westblock und sieht im Ostblock *das* große Hindernis, das zerschlagen werden müsse, damit Deutschland seine Einheit und freien Lebensraum gewinnen könne. Vor allem, so lautet der oberste Glaubenssatz der Bonner Politik, müsse der «sowjetzonale Konzentrationslagerstaat» verschwinden durch Bekundung der «freien Selbstbestimmung» der ostdeutschen Bevölkerung. Und das Sinnbild für diese Befreiung ist jetzt die Niederreißung von «Ulbrichts Schandmauer» geworden, die Ostberlin grausam vom Westen absperre. Diese Aufgabe, den Westdeutschen, ja der ganzen «freien Welt», aufs nachdrücklichste einzuprägen, ist das Ziel einer Riesenpropaganda, die mit der Sperrmauer betrieben wird — in der Presse, im Kino, im Radio, im Fernsehen. Hunderttausende von Menschen werden sogar durch einen wohlorganisierten Zubringerdienst unmittelbar an die Berliner Sektorengrenze herangeführt, um sich mit sittlicher Entrüstung über das «Verbrechertum der Pankower Diktatoren» vollzusaugen. Die Sperre gegen Westberlin ist zu einer eigentlichen Klagemauer geworden, an der die freiheitsliebenden Bundesrepublikaner ihrer Erbitterung nach Herzenlust freien Lauf lassen können.

Es bleibe dahingestellt, wie weit die Liebe der Westdeutschen zu Freiheit und Menschlichkeit echt ist — trotz all den Härten und Beschwernissen, die die Sperre ganz zweifellos sowohl der Ost- als der Westberliner Bevölkerung auferlegt. Wer so besinnungslos einem Adenauer, einem Strauß, einem Brandt nachläuft wie die Masse der Westdeutschen und sich nicht überzeugend dagegen wehrt, daß die vielen Tausende unbekehrte Hitleranhänger, die jetzt im westdeutschen Regierungs- und Militärapparat tätig sind, endlich abgedankt werden — der hat das Recht verwirkt, im Namen von Freiheit und Menschlichkeit gegen die Sperre zwischen Ost- und Westberlin aufzutreten. Der will nur, daß der «herrliche» Zustand von früher wiederhergestellt wird, da vom Westen her ungehindert Hunderttausende von Arbeitskräften der DDR entzogen und Dutzende von Spionage- und Propagandaorganisationen von Westberlin aus gegen den ostdeutschen Staat tagaus, tagein wirken konnten. Dagegen *mußte* sich die DDR endlich — viel zu spät schon — zur Wehr setzen und ihr Lebensrecht behaupten. Freier Verkehr zwischen West- und Ostberlin ist nur dann wieder möglich, *wenn Berlin aus dem Machtkampf zwischen West- und Ostblock herausgehoben*, also der Kalte Krieg des Westens gegen den Osten, mit Westberlin als einem Hauptstützpunkt, abgeblasen wird. Gegen diese Tatsache, die seit dem 13. August jedem Sehenwollenden endgültig klar geworden sein sollte, kommt alles Wettern gegen Ulbricht und alles Jammern an der Klagemauer nicht auf. Solange es den Westdeutschen und ihren Verbündeten aber *nicht* klar geworden ist, muß eben die Sperre weiterbestehen — als Schutz für die ostdeutsche Republik, die nicht dem kapitalistischen, neunationalistischen und wiederaufgerüsteten Westdeutschland angeschlossen

werden darf, dieser tödlichen Gefahr für soziale Gerechtigkeit, wirkliche Volksfreiheit und namentlich für Frieden und internationale Zusammenarbeit. So denkt man weitherum auch im Westen, wo man nicht vergessen hat, was die Einigung Deutschlands «mit Blut und Eisen» nach Bismarckscher Art für die Welt bedeutet hat. Fünf Kriege schon — 1864, 1866, 1870/71, 1914—1918, 1939—1945 — sind die Folge. Für einen sechsten und letzten Krieg (nach dem es dann überhaupt nichts mehr zu bekriegen gäbe) bedanken wir uns ganz energisch! Was ein Engländer kürzlich schrieb, unterschreiben auch zahllose andere Europäer: «Als einer, der — nicht so ganz mit Unrecht, meine ich — eine Heidenangst vor bewaffneten Deutschen hat, gebe ich jedem Versuch, Deutschland geteilt zu halten, meine begeisterte Unterstützung. Je mehr Mauern sie zwischen Ost und West bauen, desto sicherer fühle ich mich.» («Charon» im «New Statesman» 24. 11).

Und noch eins muß immer wieder gesagt werden: Je sicherer man im Osten vor einem neuen Krieg aus dem Westen ist, desto eher wird dort auch die Diktatur abgebaut werden, die in erster Linie der Verteidigung des Sozialismus gegen äußere und innere Feinde dient. Soll politische und persönliche Freiheit auch in den Ostländern aufkommen und gesichert sein, dann muß der Westen das Bestehen mehr oder weniger sozialistischer Staaten im Osten, von Eisenach bis Peking, als unwiderrufliche Tatsache anerkennen. Bewaffneter Kampf gegen die aufsteigende sozialistische Welt führt nur zur Befestigung der Diktatur in den jungen Ostländern — und zur fortschreitenden Aushöhlung auch dessen, was an Demokratie im Westen noch übrig ist.

Kennedy unter Druck Ob man im Weißen Haus zu Washington das nicht doch allmählich auch merkt? Anzeichen für eine Neigung Kennedys zum Widerstand gegen die blinde Unvernunft und Unreife der westdeutschen Staatslenker hat es ja immer wieder gegeben, und in Bonn haben sie dann auch jedesmal richtige Krämpfe bekommen. Aber zusammen mit de Gaulle hat Adenauer eben doch den amerikanischen Präsidenten auf den «rechten» Weg zurückführen können. Kennedy steht tatsächlich unter einem ständigen und sich eher verstärkenden Druck des westdeutschen Bundesgenossen. Das war nicht immer so. Nach Kriegsende waren es umgekehrt die Vereinigten Staaten, die unzweifelhaft Westdeutschland in der Hand hatten. Sie halfen dem geschlagenen Feind sofort, das heißt nach dem Tod Roosevelts, wieder auf die Beine. Sie pumpten Milliarden von Dollars in die westdeutsche Wirtschaft und verhinderten ganz ungescheut die «Entflechtung» der rheinisch-westfälischen Industrie, die sie im Potsdamer Abkommen fördern zu wollen versprochen hatten, so daß der alte, unselige deutsche Kapitalismus in neuer Gestalt auferstehen konnte und die Gefahr einer Sozialisierung gebannt wurde. Gleichzeitig baute Amerika einen eigenen westdeutschen Staat auf, der als «Speerspitze» eines großen Westbundes

dienen sollte mit dem Ziele, den Kampf gegen die Sowjetunion, den Hitler durch eigene Dummheit verloren hatte, neuaufzunehmen und den kommunistischen Machtbereich bis auf die sowjetischen Staatsgrenzen von 1939 zurückzudrängen. Nicht nur sollte der ostdeutsche Staat, der als Antwort auf diese amerikanische Ostpolitik gebildet wurde, der westdeutschen Republik einverleibt und Berlin zur Hauptstadt eines Vierten Reiches erhoben werden; der Plan war und ist ein Umsturz des ganzen politischen Aufbaus Osteuropas im Sinne des «freien Unternehmertums», für das «die Welt sichergestellt werden» soll. Und da die Ziele des neuen westdeutschen Nationalismus und Militarismus weithin mit denen der Vereinigten Staaten zusammenfielen, ergab sich von selbst eine immer engere Zusammenarbeit Washingtons mit Bonn und die planmäßige Förderung eines Wiederaufbaus der westdeutschen Wehrmacht durch den Westbund.

Das änderte sich indessen mit den Jahren in dem Sinn, daß nicht mehr die Vereinigten Staaten die Bundesrepublik nach ihren eigenen Bedürfnissen «fernsteuern» konnten, sondern nunmehr Westdeutschland den großen Bundesbruder jenseits des Wassers für *seine* Zwecke benützte, auch wenn das in Amerika gar nicht als erwünscht, ja geradezu als gefährlich empfunden wurde. Die Entwicklung eigener Kernwaffen und äußerst leistungsfähiger Raketen durch die Sowjetunion ließ den Amerikanern die Zurückdrängung des kommunistischen Machtbereichs und gar die «Befreiung» Osteuropas, wie die Westdeutschen sie erträumten, als völlig wirklichkeitsfremdes Ziel erscheinen. Gleichzeitig aber wuchs die Bonner Republik zu solcher wirtschaftlicher und militärischer Stärke empor, daß sie die Kinderschuhe eines bloßen Satelliten Amerikas selbstbewußt abstreifen und Politik auf eigene Faust treiben konnte, eine Politik, deren Ziele immer noch dieselben waren wie diejenigen des Amerika der ersten Nachkriegsjahre. Während in den Vereinigten Staaten Truman und Acheson durch Eisenhower und — nach Dulles — durch Kennedy-Rusk abgelöst wurden, die der neuen Lage Rechnung zu tragen bereit schienen, kam in Westdeutschland mit Strauß und den alten Hitlergeneralen eine Richtung auf, deren Vertreter die alte Adenauer-Politik noch überspitzten und unverblümt erklärten, «der Zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende».

Jetzt mußte sich entscheiden, wer Koch und wer Kellner war im NATO-Haus. Nach einigem Schwanken fand Kennedy, daß Westdeutschland *zu* mächtig geworden sei, um noch weiter die alte Rolle zu spielen, die ihm zugedacht war. «Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los» — das galt, wenn irgendwann, auch für das neue Verhältnis Amerikas zu Westdeutschland.

Vergebens sucht der Präsident der Vereinigten Staaten sich und andere — wie in seiner Unterredung mit dem Chefredaktor der Moskauer «Iswestija» — damit zu trösten, daß die Bundesrepublik ja Mitglied der NATO sei, also gar keine selbständige, halsbrecherische Ost-

politik treiben *könne*; Bonn hat vielmehr gerade in der NATO als stärkste Macht des kapitalistischen Europa ein derartiges Gewicht erlangt, daß das ferne Amerika schwerlich mehr aufkäme, wenn es versuchen sollte, eine Berlin- und Deutschlandpolitik gegen den Willen Bonns einzuleiten. Und wenn erst die NATO zur fünften Atommacht wird, wie das die westdeutsche Regierung beharrlich erstrebt, so heißt das tatsächlich, daß Herr Strauß Kernwaffen in die Hand bekommt, auch wenn Westdeutschland sie nicht selbst herstellen darf. Wollen die Vereinigten Staaten also nicht in ein neues deutsches Kriegsabenteuer hineingezogen werden, das für alle Beteiligten noch unabsehbar katastrophaler enden müßte als Hitlers Weltkrieg, so müssen sie die Verbindung mit Westdeutschland mehr und mehr lockern und damit ihre ganze Bündnispolitik, ja ihre sämtlichen alten Osteuropaziele aufgeben und der Gefahr ins Auge sehen, daß sich die Bundesrepublik mit der Sowjetunion über den Kopf Amerikas weg verständigt, ähnlich wie die Westdeutschen immer noch fürchten, Amerika könne sich über *ihre* Köpfe weg mit Moskau verständigen. Vor solcher Aussicht graut aber den Männern im Weißen Haus einfach; was bleibt ihnen darum anderes übrig als dem Druck Bonns nachzugeben und auf der Linie zu marschieren, die ihnen Adenauer und Strauß vorzeichnen?

Die Ausrede, Westdeutschland sei als Mitglied der NATO (die bekanntlich selber vollkommen harmlos ist . . .) niemals zu friedensgefährdenden Taten imstand, glaubt man dem amerikanischen Präsidenten bei den Nachbarn der Bonner Republik jedenfalls so wenig wie seine Erklärung (im gleichen Gespräch mit dem sowjetischen Zeitungsmann), die Vereinigten Staaten vermöchten den ostdeutschen Staat nicht anzuerkennen, weil sie eben «gegen die Teilung Deutschlands seien». Ist nicht Deutschland bei Kriegsende durch gemeinsamen Beschluß der Sieger in eine westliche und eine östliche Besatzungszone geteilt worden? Und hat nicht Amerika bei der Schaffung der Bonner Republik, als eines Gefolgsstaates im Kalten Krieg gegen den Osten, eingeschlossen vor allem ein sozialistisches Ostdeutschland, entscheidend mitgeholfen? Hätten die Vereinigten Staaten die Politik durchgeführt, die im Frühjahr 1945 in Potsdam beschlossen wurde, es gäbe kein geteiltes Deutschland. Die DDR wird also genau so lange bestehen, als Westdeutschland ein kapitalistisch-reaktionärer Militärstaat bleibt und den großen gegenrevolutionären Weltkampf mitmacht, sei es nun als Werkzeug der amerikanischen Politik, sei es als Nachfolger des Dritten Reiches in der Absicht, die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt so fest bei der Stange zu halten, daß sie nicht mehr ausbrechen könnten, wenn es zu der «endgültigen» Kraftprobe mit der Sowjetunion komme.

„Rot oder tot" auch in Amerika Präsident Kennedy steht aber nicht nur unter Druck von außen, besonders von Westdeutschland her; er sieht sich immer mehr

auch einer gefährlich anschwellenden Bewegung im Innern der Vereinigten Staaten gegenüber, die ihn und seine Regierung in ein selbstmörderisches Kriegsabenteuer hineinzureißen droht. «Ganzer Sieg oder ganze Niederlage», «rot oder tot», das sei die Entscheidung, vor der die Nation stehe — so tönt es jetzt landauf, landab in den Vereinigten Staaten. Ich habe über die Kriegsstimmung, die sich drüben immer weiter ausdehnt, hier bereits geschrieben, namentlich auch anhand der Berichte, die Kingsley Martin, dieser welterfahrene und verläßliche Beobachter, dem Londoner «New Statesman» aus Amerika schickt. Zum Aufsehen mahnt, wie er neuerdings schreibt, nicht zuletzt die Bewegung, die von der «John Birch Society» ausgeht, einer von einem ausgesprochen faschistischen Millionär gegründeten Vereinigung, die den in Schande gestorbenen McCarthy und seinen Anhang an hetzerischer Zügellosigkeit womöglich noch übertrifft. Der Fall des Generals Walker, den Kennedy von seinem westdeutschen Kommando abberufen hat, weil der Mann in der Armee eine wüste Sowjethetze betrieb, stellt, wie Martin bemerkt, geradezu die Frage, ob es sich hier um eine bloße Einzelerscheinung handelt oder aber um «einen planmäßigen Versuch hochgestellter Offiziere, ihre Mannschaften zu überzeugen, daß man den amerikanischen Staatsführern nicht trauen dürfe, weil sie von den Kommunisten hereingelegt worden seien, was die John Birch Society tatsächlich von Präsident Eisenhower gesagt hat.» General Walker, so wurde herumgeboten, sei das Opfer einer kommunistischen Verschwörung in der Armee und der Regierung. «Die reaktionäre Welle im Land ist heute so stark, daß man nicht sicher sein kann, ob nicht viele Wähler verführt werden, die Behauptung des Senators Thurmond anzunehmen, daß ‚Sozialismus, Kommunismus und Wohlfahrtsstaat als zusammengehörig bekämpft werden müßten', und daß die amerikanische Lebensform von den Kommunisten wie von einem jeden bedroht sei, der so weit links stehe wie etwa Macmillan», der konservative Ministerpräsident Großbritanniens. Schon Roosevelt und seine Reformer wurden ja beschuldigt, Amerika verraten zu haben; sie hätten China verspielt, heißt es jetzt wieder, und nun stehe die Regierung im Begriff, auch Laos und Südvietnam preiszugeben, so wie sie bereits Kuba den Kommunisten überlassen habe. Bald komme auch gewiß noch Berlin an die Reihe . . .

Es muß schon ein mächtiges Erwachen des Geistes der Wahrheit, der Freiheit und des Friedens im amerikanischen Volke kommen, wenn dieser ganze lebensgefährliche Lügen- und Gewaltgeist überwunden werden soll. Und dem Präsidenten fällt dabei gewiß eine wichtige Aufgabe zu. Kennedy, so fordert I. F. Stone in seinem tapferen «Wochenblatt» (Nr. 39), muß endlich aufstehen und die Bombe entschärfen, die die reaktionären Kriegshetzer gelegt haben. «Die Aufgabe Nr. 1 ist, unser eigenes Volk zur Erkenntnis der Wirklichkeiten der Welt zu erziehen, mit der es zu tun hat . . . Presse und hetzerische Rednerei tun für unsere Öffentlichkeit das gleiche, was Trommel und

Betäubungsmittel für einen wilden Stamm tun: sie treiben die zum Wahnwitz aufgereizten Menschen in den Krieg. Auf die Bekämpfung dieser schon gefährlich hochgepeitschten Stimmung muß der Präsident seine Aufmerksamkeit richten.»

Leider, so stellt Stone fest, zeige sich Kennedy nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Er halte sich vorsichtig auf der Seite derer, die seit Beginn des Kalten Krieges in ihrer Propaganda die übliche Schwarz-Weiß-Malerei betrieben und das eigene Volk verherrlichten, den Gegner aber als Verkörperung alles Bösen hinstellten. Die einzige Antwort, die er den Kritikern seiner Politik geben könne, sei der Hinweis auf die gesteigerten Kriegsvorbereitungen seiner Regierung. «Er redet von der Verteidigung der nationalen Interessen, zögert aber zu sagen, daß unser überragendes Nationalinteresse der Frieden selber ist. ‚Koexistenz' bleibt in seinem Wörterbuch ein verbotenes Wort. Wie kann der gleiche Mann vor einer Weltkatastrophe warnen und sagen, die nächsten zehn Monate würden über das Schicksal der Menschheit in den nächsten zehntausend Jahren entscheiden, wie er es vor der UNO getan hat, und dann an einer Pressekonferenz prahlen, daß die Herstellung von M-14-Gewehren von 9000 auf 44 000 im Monat hinaufgetrieben worden sei?» Wie kann Kennedy — so fügen wir hinzu — seinem Moskauer Besucher gegenüber immer und immer wieder seinen tiefen Wunsch nach friedlicher Verständigung mit dem Osten ausdrücken, gleichzeitig aber mit den Bonner Scharfmachern zusammenspannen (Herrn Strauß hat er soeben für mehr als 6 Milliarden Mark Kriegsgerät verkauft) und seinen Vertreter in der UNO beauftragen, in den schärfsten Wendungen die Aufnahme Chinas in die Organisation der Vereinten Nationen zu bekämpfen?

Stone hat recht: «Das Geheimnis der Gesundheit, für Staaten wie für Einzelmenschen, heißt Anpassung an gewandelte Verhältnisse. Unsere Weltherrschaft, die mit dem brudermörderischen Kampf der europäischen Mächte im Ersten Weltkrieg begann, geht ihrem Ende entgegen . . . Auf der Ebene der praktischen Politik muß der Präsident den Mut haben, bahnbrechend vorzustoßen, und eine reifere öffentliche Meinung in Amerika bilden helfen oder aber sich von einem Geschrei über schwächliches Nachgeben besiegen lassen, wenn er eine friedliche Lösung für Berlin vertreten will. Auf höherer Ebene liegt hier seine Möglichkeit, Größe zu beweisen, wenn es nicht früher oder später zum Krieg kommen soll.»

Hitler in uns! Soviel für heute zu der heiligen Aufgabe, die nicht nur einem Kennedy und anderen Mächtigen dieser Erde auf der Seele brennen sollte, sondern uns alle nicht mehr loslassen darf: einen neuen Weltkrieg unmöglich zu machen. Nun soll aber doch noch ein notwendiges Wort zu einer Tagesfrage gesagt werden, die uns an diesem Jahresende aufs neue beschäftigen wird. Im Jerusalemer Prozeß gegen *Adolf Eichmann* wird nächste Woche das

Urteil gesprochen werden. Fast jedermann erwartet ein Todesurteil, und man wird gewiß sagen müssen, daß es tausend- und millionenfach verdient wäre. Denn die Verteidigung Eichmanns ist ja rechtlich wie sittlich in allen wesentlichen Stücken vollkommen zusammengebrochen. Es ist einfach nicht wahr, daß Eichmann «eigentlich» nur ganz äußerlich, als «Fachmann des Verkehrswesens», mit der Judenvernichtung zu tun gehabt habe; er war einer der «Fachmänner» für die «Endlösung der Judenfrage» selber. Und er hat bei der Durchführung der Judenausrottung nicht nur schlecht und recht seine «Beamtenpflicht» getan, sondern war weithin unumschränkter Gebieter mit vollen Rechten zu freier Entscheidung, Rechten, die er mit einer Grausamkeit und wütenden Härte wahrgenommen hat, wie sie ein untergeordneter kleiner Beamter sich hätte niemals erlauben können. Und auch der kleinste Beamte durfte, sogar nach nazideutschem Recht, ihm erteilte Befehle nicht blindlings ausführen, wenn sie verbrecherischer Art waren. Das persönliche Gewissen steht über jeder «Staatsraison» — das ist ein oberster Grundsatz jeder Gemeinschaftssittlichkeit, der mit äußerster Entschlossenheit verteidigt werden muß.

Wenn also Eichmann zum Tod verurteilt werden sollte, so geschähe es ihm «ganz recht». Und dennoch würde ich, falls es auf mich ankäme, dafür eintreten, daß das Urteil *nicht* vollstreckt werde. Dies keineswegs nur darum, weil ich, soweit ich mich zurückbesinnen mag, immer grundsätzlich gegen das Recht des Staates war, einem Menschen zur Strafe das Leben zu nehmen. (Als Mitglied des st. gallischen Großen Rats habe ich denn auch seinerzeit, freilich wirkungslos, in einem erschütternden Fall für die Begnadigung des zum Tode verurteilten Verbrechers gestimmt.) Ich würde ein Todesurteil auch darum nicht an Eichmann vollstrecken lassen, weil die ganze rechtliche Grundlage des Prozesses zweifelhaft ist, so sehr ich anerkenne, daß das *sittliche* Recht des israelischen Staates, Eichmann zu fassen und mit dem Verfahren gegen ihn zugleich die teuflische Ausrottung der Juden durch den deutschen Nazismus überhaupt vor Gericht zu ziehen, nicht bestritten werden kann. Dies um so weniger, als der Prozeß gegen Eichmann mit einer bewundernswerten Beachtung aller Rechtsbürgschaften durchgeführt wurde.

Was mir aber noch wichtiger scheint, ist der Umstand, daß eben Eichmann nur das Urbild des deutschen Beamten ohne Gewissen und Gesicht ist, der noch jetzt in tausendfacher Verkörperung in Westdeutschland unbehelligt herumläuft. Es wimmelt ja in der Bonner Republik von kleinen und größeren Eichmännern, die, beamtet oder nicht, innerlich Hitler immer noch bejahen und auch in seinem «Geist» Recht sprechen. Ich halte es mit jenen Westdeutschen, die zu Beginn des Eichmann-Prozesses in einem Aufruf feststellten (ihr Deutsch ist zwar gräßlich): «Eichmann steht für ein System, das Krieg, Mord und Terror auf der Grundlage abscheulicher Rassentheorien, chauvinistischer Ideologien und antidemokratischer Propagandathesen zur Staats-

doktrin erhob. Daß dieses System seine ungeheuerlichen Verbrechen im Namen des deutschen Volkes begehen konnte, ist die moralische Schuld und Verantwortung, die wir vor der Geschichte zu tragen haben . . . Wir können nur mit allen unseren Kräften dafür wirken, daß sich das, was damals geschah, in unserem Volk nicht wiederholen kann.»

Das scheint mir in der Tat die einzige Folgerung zu sein, die aus dem Jerusalemer Prozeß zu ziehen ist — nicht die Aufhängung des Adolf Eichmann an einem israelischen Strick. Wobei freilich klar sein muß, daß auch die nichtdeutsche Welt schwere Schuld am Aufkommen des Nazismus und an der Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen hat. Der deutsche Arzt und Schriftsteller Max Picard, der lang im Tessin lebte, hat vor Jahren ein Buch geschrieben, das mir großen Eindruck machte: «Hitler in uns». Jawohl, Hitler und Himmler und Eichmann, sie wären unmöglich gewesen, wenn wir nicht alle auf vielerlei Art ihr Treiben vorbereitet, geduldet oder gar entschuldigt hätten. Und mit der Zurückweisung Tausender von deutschen Flüchtlingen, die an unseren Grenzen um Einlaß flehten, und die wir Hitler zur Vernichtung auslieferten, hat gerade auch unsere Schweiz eine Schuld auf sich geladen, die uns noch heute nicht vergeben ist. Diese Schuld durch die Schaffung einer *neuen* Schweiz zu tilgen, einer Schweiz ohne Militärglauben, hetzerischen Antikommunismus und gesellschaftliche Ausbeutung — *das* ist im Blick auf den Fall Eichmann unsere Aufgabe und wird uns endgültig von Hitler scheiden, der ja auch bei uns viel zu lang als Retter vor Kommunismus und Sozialismus begrüßt wurde, und vor dessen Gewalt wir mindestens im Krieg so ehr- und schamlos gekuscht haben. Wollen wir nicht mit *diesem* Entschluß ins neue Jahr hinübergehen, wenn wir über Eichmann und seine Taten nachdenken, die so mannigfach auch unsere Taten oder doch Unterlassungen sind?

6. Dezember *Hugo Kramer*

Zitate

«Der Rechtsanspruch . . . auf den gesamten deutschen Siedlungsraum ist unbestreitbar. Ein Rechtsanspruch auf Heimat kann von keinem aufgegeben werden . . . Wenn der Westen in Geschlossenheit das Heimatrecht anerkennt, wird der Osten gezwungen, nachzugeben.»

«Der Stahlhelm», Bonn, 24. April 1961

«Zu unseren unverzichtbaren Ansprüchen zählt der auf die deutschen Ostgebiete einschließlich des Sudetenlandes. Wir befinden uns hier in der Lage von Hinterbliebenen, deren Anverwandte ermordet und deren angestammtes Eigentum geraubt wurden.»

«Deutsche Soldatenzeitung», München, Nr. 14/1959